

Flemig, Günter; Jüttemeier, Karl-Heinz; Schmidt, Klaus-Dieter; Soltwedel, Rüdiger

Article — Digitized Version

Die Lage der westdeutschen Wirtschaft zur Jahreswende 1974/75

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Flemig, Günter; Jüttemeier, Karl-Heinz; Schmidt, Klaus-Dieter; Soltwedel, Rüdiger (1974) : Die Lage der westdeutschen Wirtschaft zur Jahreswende 1974/75, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 2, pp. 24-39

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/3284>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Lage der westdeutschen Wirtschaft zur Jahreswende 1974/75

Von

Günter Flemig, Karl-Heinz Jüttemeier, Klaus-Dieter Schmidt und Rüdiger Soltwedel

1. Alarmiert durch die steigenden Arbeitslosenzahlen, hat die Bundesregierung am 12. Dezember 1974 ein umfangreiches Konjunkturprogramm zur Abstützung der Beschäftigung beschlossen, das im wesentlichen folgende Maßnahmen umfaßt:

- Auf Investitionsgüter, die zwischen dem ersten Dezember 1974 und dem 30. Juni 1975 bestellt werden, wird eine Investitionszulage in Höhe von 7,5 vH gewährt. Diese Maßnahme dürfte Aufwendungen in einer Größenordnung von 8 Mrd. DM erfordern, die allerdings zum weitaus größten Teil erst 1976 gezahlt werden und erst dann die Haushalte belasten.
- Zur direkten Förderung der Beschäftigung werden Mittel in Höhe von 600 Mill. DM bereitgestellt, die unter bestimmten Bedingungen in Form von Lohnkostenzuschüssen an Unternehmen beziehungsweise Mobilitätzulagen an längerfristig Arbeitslose gezahlt werden. Außerdem wird die gesetzliche Höchstdauer für den Bezug von Kurzarbeitergeld auf 24 Monate verlängert.
- Die Bundesregierung wird mit einem Investitionsprogramm in Höhe von 1,1 Mrd. DM die Beschäftigung in einer Reihe von Wirtschaftszweigen zusätzlich stützen. Darüber hinaus sollen die im Bundeshaushalt eingeplanten Investitionsausgaben so weit wie möglich in die erste Jahreshälfte vorgezogen werden; Länder und Gemeinden sollen entsprechend verfahren.

Zur Finanzierung der Mehrausgaben und zur Verringerung des Nettokreditbedarfs in den ordentlichen Haushalten wird ein Teil der bei der Bundesbank stillgelegten Mittel aufgelöst.

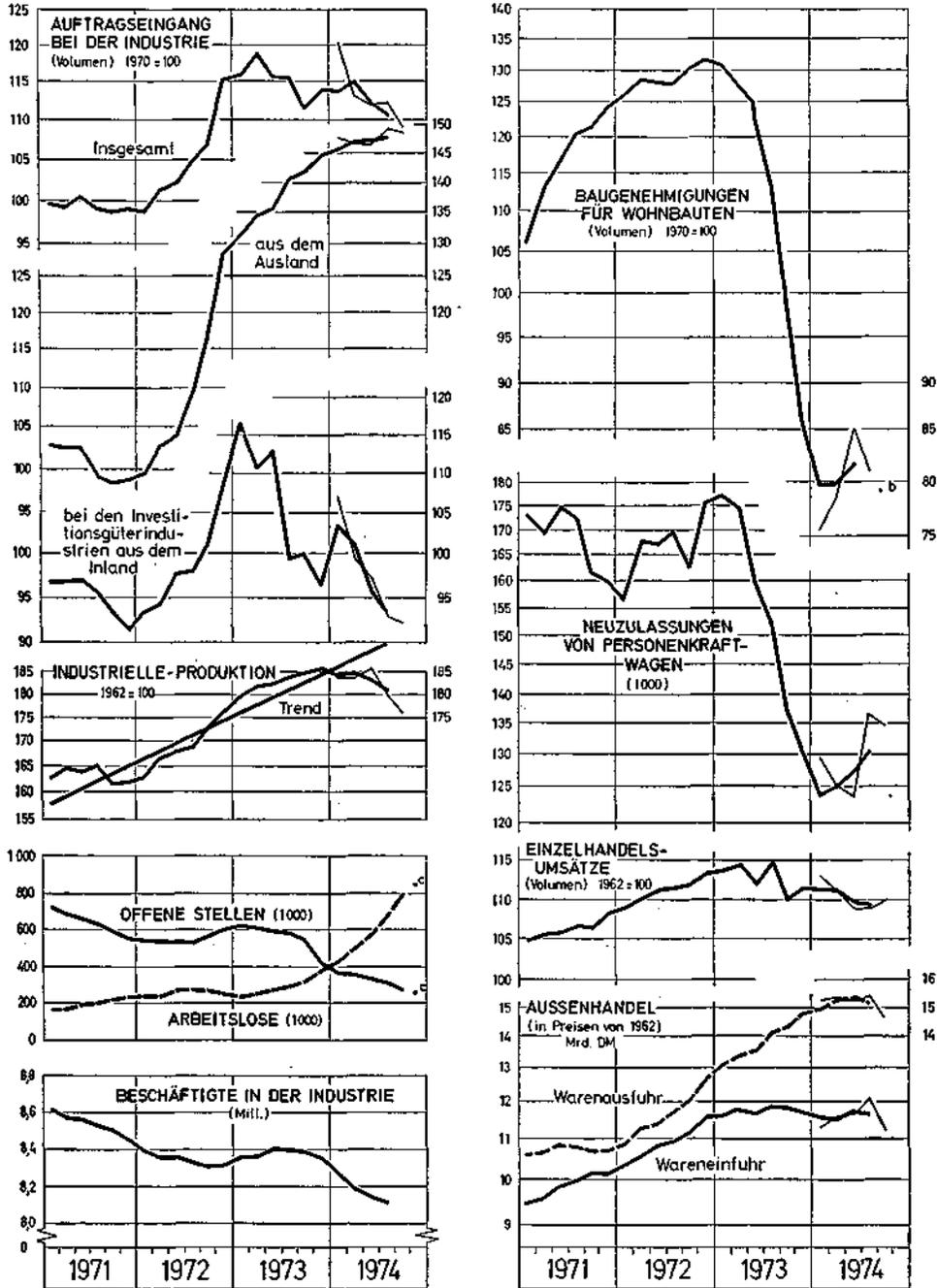
Die Bundesregierung hat sich damit über die Bedenken hinweggesetzt, die von verschiedenen Seiten, darunter von den wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten und dem Sachverständigenrat, gegen zusätzliche konjunkturstützende Maßnahmen zum jetzigen Zeitpunkt vorgebracht worden sind. Selbst wenn es den Anschein hat, als ob die öffentlichen Haushalte den vom Finanzplanungsrat gesteckten Ausgabenrahmen nicht ausfüllen werden, das Programm teilweise also nur dazu dient, die Ausgabenkürzungen zu kompensieren, wäre es wahrscheinlich besser gewesen, damit zu warten, bis sich die Entwicklung der Investitionsneigung der Privaten sicherer abschätzen läßt, was wohl erst nach Abschluß der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst und in der Metallindustrie der Fall ist.

2. Tatsächlich hat sich in den letzten Monaten kein entscheidender Wandel im Konjunkturklima vollzogen, der ein rasches Handeln zwingend nahegelegt hätte. Der Konjunkturabschwung hat sich zwar fortgesetzt — das reale Sozialprodukt ist im dritten Quartal 1974 leicht zurückgegangen —, doch gibt es bislang keine erkennbaren Zeichen, die auf eine kumulative Verstärkung hindeuten (Schaubild 1).

Eher besteht die Gefahr, daß die Stabilisierung bei Kosten und Preisen nicht weiter vorankommt. Dies wäre der Fall, wenn Gewerkschaften und Unternehmen den konjunkturpolitischen Kurswechsel zum Anlaß nähmen, den Verteilungskampf fortzusetzen. Dann wäre es nämlich fraglich, ob — bei dem vorgegebenen Kurs der Geldpolitik, einer

Schaubild 1

INDIKATOREN DER KONJUNKTURENTWICKLUNG
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND^a



^aZweimonatlich saisonbereinigte Werte. - b September. - c November.
— geglättet — ungeglättet

I.T.W. Kiel

Ausweitung der Zentralbankgeldmenge um 8 vH — die expansive Politik überhaupt zu einem Mehr an realer Nachfrage und Produktion führt oder ob sie nicht nur dazu dient, die Inflation zu verstärken.

Zunehmende Arbeitslosigkeit

3. Ausschlaggebend für das zusätzliche Expansionsprogramm war offensichtlich die Befürchtung der Bundesregierung, sie würde angesichts der in den Wintermonaten beschleunigt steigenden Arbeitslosigkeit der Untätigkeit geziehen. Auch wenn man sich an den saisonbereinigten Zahlen orientiert (bei denen die jahreszeitlichen Schwankungen mit ihrer Saisonspitze im Winter und ihrem Saisontief im Spätsommer ausgeschaltet werden), dann ist die Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten noch immer kräftig gestiegen; mit rund 850000 war sie Ende November fast eine halbe Million höher als am Jahresende 1973. Die Arbeitslosenquote betrug knapp 4 vH, gegenüber 1,8 vH Ende 1973. Weitere 460000 Arbeitnehmer waren von Kurzarbeit betroffen. Zugleich hat sich die Anzahl der offenen Stellen auf 250000 vermindert — den niedrigsten Stand seit Ende der fünfziger Jahre. Damit kamen beinahe auf einen freien Arbeitsplatz vier Arbeitsuchende. (Schaubild 2)

4. Der Beschäftigtenabbau hat allerdings nicht jenes Ausmaß erreicht wie während der Rezession 1966/67. Damals verloren binnen Jahresfrist fast 900000 Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz; seit Ende 1973 hat sich die Anzahl der Beschäftigten bisher nur um schätzungsweise eine halbe Million verringert. Gleichwohl ist diesmal die Arbeitslosenzahl schon weitaus höher als im Rezessionswinter 1966/67. Dies hat verschiedene Ursachen:

- Im Gegensatz zu damals sind diesmal viele ausländische Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, nicht in ihre Heimatländer zurückgekehrt, sondern beziehen Arbeitslosengeld. Dabei mag bei vielen die Befürchtung vorherrschen, wegen des Anwerbestopps später nicht mehr in die Bundesrepublik zurückkehren zu können.
- Unter den Arbeitslosen sind gegenwärtig — anders als in der Rezession von 1966/67 — relativ viele Frauen. Damals waren zwar gleichfalls zahlreiche Frauen gezwungen, ihren Arbeitsplatz aufzugeben — die Zahl der weiblichen Arbeitnehmer sank sogar stärker als die der männlichen —, doch ließen sich viele von ihnen nicht als Arbeitssuchende registrieren; die versteckte Arbeitslosigkeit war also größer als heute.

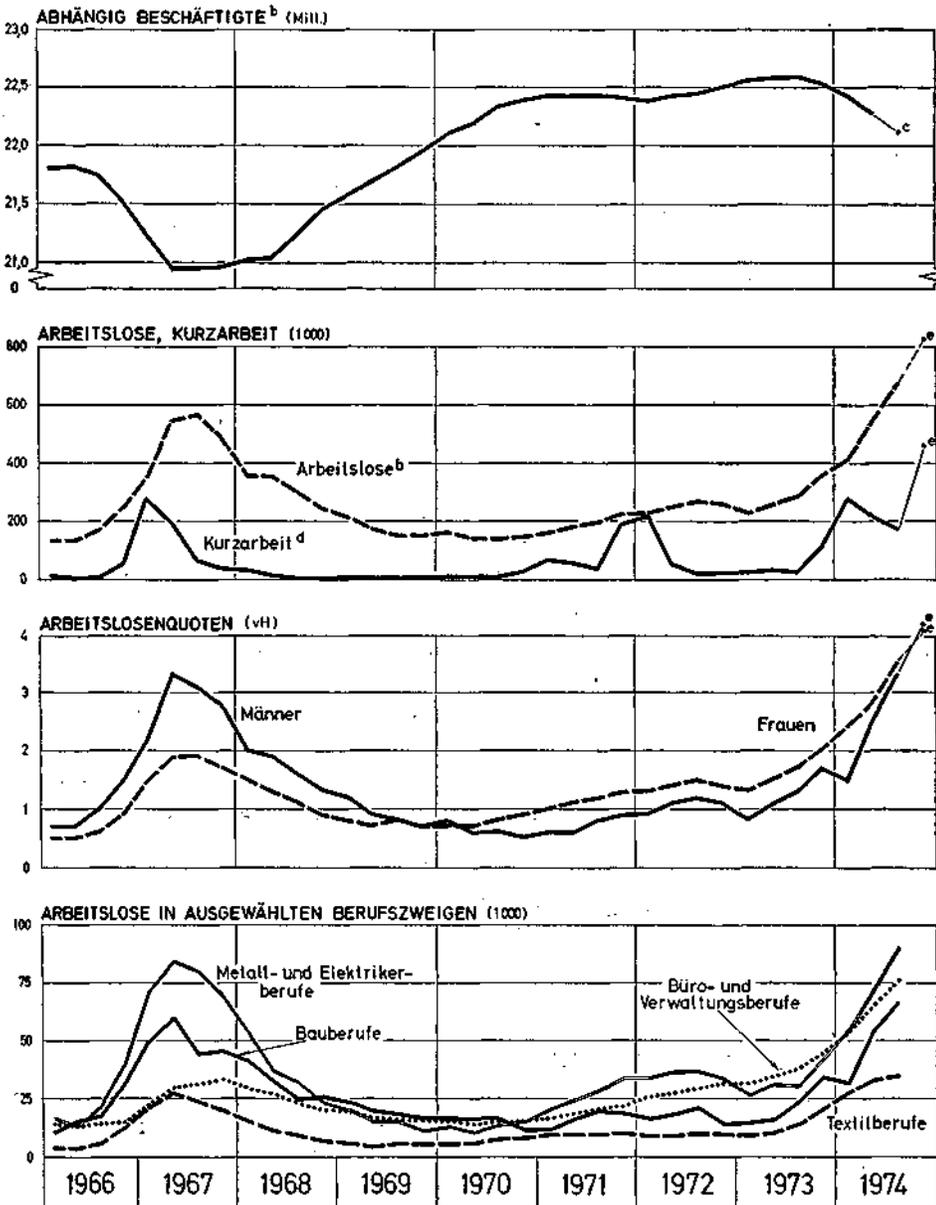
5. Konzentrierte sich 1966/67 die Arbeitslosigkeit auf einige wenige Bereiche wie Teile der Industrie und die Bauwirtschaft, so erstreckt sie sich diesmal auch auf den Handel und das Dienstleistungsgewerbe. So ist die Anzahl der beschäftigungslosen Arbeitnehmer unter den Büro- und Verwaltungsangestellten sowie unter den Warenkaufleuten stark gestiegen — eine Folge der verstärkten Rationalisierungsbemühungen, mit denen die Unternehmen dem anhaltenden Lohnkostendruck zu begegnen suchen.

Auffällig ist auch die diesmal geringere regionale Differenzierung der Arbeitslosigkeit. Zwar ist die Arbeitslosenquote in den strukturschwachen und peripheren Regionen nach wie vor deutlich höher als in den Ballungsräumen, doch ist die Spannweite im Vergleich zur Rezession von 1966/67 geringer. Dies dürfte mit der hohen Arbeitslosigkeit in den Verwaltungs- und Büroberufen sowie der großen Zahl arbeitsloser ausländischer Arbeitnehmer zusammenhängen.

6. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt wird sich vorerst wenig verändern. Die Arbeitslosenzahl wird im Frühjahr — aus saisonalen Gründen — wieder zurückgehen; der konjunkturelle Abbau der Beschäftigung wird sich zwar fortsetzen, könnte aber durch die

Schaubild 2

ZUR LAGE AUF DEM ARBEITSMARKT IN DER
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND^a



^a Saisonbereinigte Vierteljahreswerte. - ^b Quelle: Deutsche Bundesbank. - ^c Geschätzt. - ^d Nicht saisonbereinigt. -
^e November.

gezielten Maßnahmen der Bundesregierung gebremst werden. Selbst bei einer baldigen Konjunkturbelebung wäre jedoch vorerst nicht mit einer raschen Zunahme der Beschäftigung zu rechnen; erfahrungsgemäß können die Unternehmen eine gewisse Zeit die Produktion mit den vorhandenen Arbeitskräften steigern, bevor sie ihren Personalbestand verstärken.

Rückläufige Produktion

7. Hatten die Unternehmen bereits seit längerem die Beschäftigung reduziert, so schränkten sie angesichts der verschlechterten Absatzlage nun auch die Produktion mehr und mehr ein. Die Industrieproduktion ging in den letzten Monaten leicht zurück; dabei fällt zwar noch immer die Produktionseinschränkung im Fahrzeugbau stark ins Gewicht, doch ist auch in anderen Bereichen die Produktion gesunken, am ausgeprägtesten in den Verbrauchsgüterindustrien und hier wiederum in der Textil- und Bekleidungsindustrie.

— In den Verbrauchsgüterindustrien tendiert die Produktion nun schon fast zwei Jahre nach unten: Die wichtigste Ursache hierfür ist die anhaltend schwache Nachfrage der privaten Haushalte nach Konsumgütern. Überdies disponierte offenbar auch der Handel weiterhin recht vorsichtig; die Lagerbestände wurden stärker nach unten angepaßt, als die laufende Nachfrage zurückging.

— In den Investitionsgüterindustrien, die einerseits von der rückläufigen Investitionstätigkeit im Inland betroffen sind, andererseits von der nach wie vor steigenden Auslandsnachfrage profitieren, konnte das Produktionsniveau — klammert man den Fahrzeugbau aus — gehalten werden. Dies gilt gleichermaßen für die wichtigsten Bereiche der Investitionsgüterindustrie: die elektrotechnische Industrie und den Maschinenbau. Auch dort, wo die laufende Nachfrage weiter schrumpfte, konnten die Unternehmen vielfach von dem relativ großen Auftragspolster zehren, das sie sich in den letzten Jahren zugelegt hatten.

— Bei den Grundstoffindustrien verlief die Entwicklung uneinheitlich: Während die Stahlindustrie die Produktion weiter steigerte, ging sie in der chemischen Industrie leicht zurück, und zwar überwiegend bedingt durch die Absatzschwierigkeiten bei Chemiefasern.

Insgesamt war die Industrieproduktion — arbeitstäglich bereinigt — in den ersten zehn Monaten des Jahres 1974 kaum höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

8. In der Bauwirtschaft hat sich der Produktionsrückgang allem Anschein nach verlangsamt. Im Handel und im Dienstleistungsgewerbe hielt die Stagnation unverändert an. Insgesamt ist die gesamtwirtschaftliche Produktion — gemessen am realen Sozialprodukt — vom zweiten zum dritten Quartal leicht gesunken; sie war damit kaum höher als im Vorjahr.

Anhaltend schwache Investitionsneigung

9. Bestimmend für die Konjunkturflaute ist ohne Zweifel die anhaltend schwache Investitionsneigung: Die Inlandsbestellungen bei den Investitionsgüterherstellern sind in den letzten Monaten weiter zurückgegangen, wenngleich sich das Tempo des Rückgangs verlangsamt hat.

Zudem ging die Investitionsneigung nicht mehr so einheitlich zurück wie in der ersten Jahreshälfte: Während die Nachfrage nach elektrotechnischen Investitionsgütern deutlich nach unten gerichtet blieb — zum Teil wohl deshalb, weil die Bundespost ihre Investitionen

beträchtlich reduzierte —, ist sie im Maschinenbau und im Fahrzeugbau nicht weiter gesunken. Dies könnte darauf hindeuten, daß sich die Investitionsneigung — wengleich auf einem niedrigen Niveau — zu stabilisieren beginnt.

10. Ob es in den nächsten Monaten zu einer nachhaltigen Belebung der Investitionsneigung kommt, muß offen bleiben. Zunächst einmal dürften vor allem Bestellungen nachgeholt werden, die in den letzten Wochen des alten Jahres im Zusammenhang mit der Diskussion um das Konjunkturprogramm der Bundesregierung vertagt wurden. Zwar wird durch die Investitionszulage die Rentabilität der Investitionen (nicht jedoch, da sie erst 1976 gezahlt wird, die Liquidität der Unternehmen) spürbar erhöht; dies gilt jedoch nur dann, wenn zugleich der Druck auf die Unternehmensgewinne nachläßt. Ein Wandel im Investitionsklima setzt verbesserte Gewinnerwartungen voraus, und zwar nicht nur für einen befristeten Zeitraum, sondern auf längere Sicht. Viele Unternehmen werden daher ihre Investitionsentscheidungen vom Ausgang der anstehenden Lohntarifverhandlungen abhängig machen.

11. Im Einklang mit der schwachen Nachfrageentwicklung sind die realen Ausrüstungsinvestitionen im dritten Quartal 1974 nochmals leicht gesunken; sie dürften damit wieder auf das Niveau von Anfang 1970 zurückgefallen sein.

Ein Rückgang der Investitionstätigkeit bedeutet noch nicht notwendig ein Schrumpfen des Produktionspotentials; bei positiven Nettoinvestitionen (das heißt bei einem Investitionsvolumen, das höher ist als der Ersatzbedarf) wachsen die Sachkapazitäten weiter, wengleich langsamer als bei einer Zunahme der Investitionstätigkeit. Während sich das Produktionspotential der westdeutschen Wirtschaft im Zeitraum von 1960 bis 1973 um jährlich 5 vH vergrößert hat, waren es 1974 nur rund $3\frac{1}{2}$ —4 vH; 1975 wird sich diese Rate nochmals auf 3 vH verringern. Eine solche Verlangsamung im Kapazitätswachstum mindert nicht nur den Spielraum für Realeinkommenserhöhungen, sie gefährdet auf längere Sicht auch die Arbeitsplätze. Soll die Zahl der Arbeitsplätze konstant bleiben, so muß das Produktionspotential mit der Rate des Produktivitätsfortschritts zunehmen, der unter anderem aus der ständigen Verbesserung des Produktionsapparats resultiert.

Eine Zunahme der Investitionsquote ist auch deshalb notwendig, weil bei dem sich abzeichnenden Strukturwandel — ein rascheres Wachstum des tertiären Sektors zulasten des sekundären Sektors — der Kapitalkoeffizient, also das Verhältnis von Kapitalstock zu Produktionspotential, stärker steigen wird als in der Vergangenheit¹.

Baunachfrage: Talsohle erreicht

12. Die Nachfrage nach Bauleistungen ist — anders als bei Ausrüstungsgütern — allem Anschein nach seit der Jahresmitte nicht weiter zurückgegangen, vor allem wegen der verstärkten Auftragsvergabe der öffentlichen Hand.

— Im öffentlichen Tiefbau sind die Aufträge seit dem Frühjahr steil angestiegen, wobei insbesondere die Gemeinden erheblich mehr Aufträge vergeben haben, hauptsächlich für den Straßenbau. Auch im Hochbau wurden — hält man sich an die offizielle Auftragsstatistik — vermehrt Investitionsprojekte in Angriff genommen. Hierbei ist das Bemühen der öffentlichen Hand erkennbar, die Baukonjunktur zu stützen.

— Im gewerblichen Bau ist zwar die Auftragsvergabe weiterhin eingeschränkt worden, bei den Baugenehmigungen, die der Auftragsvergabe im allgemeinen vorangehen, ist

¹ Vgl. G. Fels und K. W. Schatz, Sektorale Entwicklung und Wachstumsaussichten der westdeutschen Wirtschaft bis 1980. In: „Die Weltwirtschaft“, 1974, H. 1, S. 52 ff.

indes der Rückgang zum Stillstand gekommen. Dies stützt die These, daß ein Einbruch bei der privaten Investitionsneigung nicht zu befürchten ist, sondern daß sie sich eher auf dem gegenwärtigen — niedrigen — Niveau zu stabilisieren beginnt.

- Im Wohnungsbau hat sich die kurze Nachfragebelebung (in Reaktion auf die Wiederzulassung der degressiven Abschreibung zum 1. Januar 1974) zwar nicht fortgesetzt; die Genehmigungen im Wohnungsbau lagen zuletzt wieder dem Volumen nach auf dem Niveau vom Frühjahr, doch scheint hier mit einer Zahl von (auf Jahresrate hochgerechnet) 360000 Wohnungen derzeit ein Niveau erreicht, bei dem mit einem weiteren Rückgang nicht gerechnet werden muß. Prognosen über den künftigen Wohnungsbedarf gehen in der Regel von einem jährlichen Bedarf von mindestens 450000 Wohnungen aus, von denen allein 150000 dem normalen Ersatzbedarf dienen. Daß der Wunsch, Wohnungseigentum zu erwerben, ungebrochen ist, zeigt sich nicht zuletzt daran, daß die Einzahlungen bei Bausparkassen und Versicherungen in letzter Zeit wieder deutlich zugenommen haben.

13. In dem Ausmaß, wie die Nachfrage gegenwärtig unter dem Trend liegt, befindet sich die Produktion noch immer über dem Trend: Die Bautätigkeit ist — saison- und witterungsbereinigt — in den letzten Monaten zwar weiter zurückgegangen, die unvermeidliche Anpassung an das niedrige Nachfrageniveau ist indes noch nicht vollzogen. Mit weiteren Produktionseinschränkungen ist insbesondere im Wohnungsbau zu rechnen; hier dürften, trotz des kräftigen Rückgangs der Bautätigkeit, 1974 erneut über 600000 Wohnungen fertiggestellt worden sein, die den Bestand an leerstehenden Objekten nochmals vergrößern werden.

Für eine Stützung der Baukonjunktur sollte daher nur der mittelfristig zu erwartende Bedarf der Maßstab sein, nicht jedoch die Übernachfrage der letzten Jahre und der daraus resultierende Kapazitätsüberhang. Die von der Bundesregierung bisher ergriffenen Maßnahmen erscheinen hierzu durchaus ausreichend.

Geringere Lagerinvestitionen

14. Entsprechend den gedämpften Absatzerwartungen schränkten die Unternehmen nicht nur ihre Anlageinvestitionen, sondern auch ihre Vorratsbildung nochmals ein. Die Meldungen über zu große Fertigwarenlager haben in den letzten Monaten weiter zugenommen. Das gilt indes nicht für den Handel und die Hersteller von Verbrauchsgütern; hier rechnet man offenbar für 1975 mit einer spürbaren Belebung der Verbrauchskonjunktur. Zu einem ungeplanten Lageraufbau, wie er der Rezession von 1966/67 voranging, als die Unternehmen die Absatzchancen zunächst zu optimistisch einschätzten und sich später zu kräftigen Produktionseinschränkungen gezwungen sahen, scheint es jedoch nicht gekommen zu sein, abgesehen von der Automobilindustrie.

Die Ungewißheit über den weiteren Konjunkturverlauf und die Erwartung sinkender Rohstoffpreise haben auch zu einer deutlichen Zurückhaltung bei der Lagerhaltung industrieller Vorprodukte geführt. Seit der Jahresmitte läßt indes die zögernde Zunahme der Einfuhr vermuten, daß die Phase des Lagerabbaus beendet ist.

Außerordentlich hoher Handelsbilanzüberschuß

15. Alles in allem ist jedoch die reale Wareneinfuhr — wenn man von statistischen Verzerrungen absieht — im Jahresverlauf kaum gestiegen, sie reagierte damit deutlich auf die Abschwächung der Binnennachfrage. Verstärkt wurde der konjunkturelle Einfluß durch

die kräftige Verteuerung der Rohstoffe und des Mineralöls, die die Verbraucher zu sparsamerer Verwendung veranlaßten; das gilt insbesondere für Heizöl, wo die höheren Preise teilweise zu einer Substitution durch andere Energieträger geführt haben. Im ersten Halbjahr 1974 lag die Einfuhr von Mineralöl, bezogen auf eine Einheit realen Sozialprodukts, um über 10 vH niedriger als im Durchschnitt des Jahres 1973. Dieser Abstand hat sich in den letzten Monaten zwar verringert, es ist aber gleichwohl noch ein deutlich zurückgegangener Verbrauch zu verzeichnen.

Auch die Einfuhr von Ernährungsgütern nahm nicht zu; hierzu dürfte neben dem reichlichen Inlandsangebot auch das hohe Preisniveau auf den Weltmärkten beigetragen haben, das bei einer Reihe von Produkten deutlich über dem Preisniveau in der Gemeinschaft liegt.

Die Bezüge von Fertigwaren stagnierten gleichfalls. Dies steht offenbar in engem Zusammenhang mit dem Rückgang in der Ausgabenneigung der Privaten. Überdies dürften es die vergleichsweise geringen Inflationsraten in der Bundesrepublik Deutschland den ausländischen Anbietern zunehmend erschweren, ihre Marktanteile in der Bundesrepublik zu halten.

16. Die überaus kräftige Zunahme der realen Warenausfuhr — sie war von Anfang 1972 bis zum Frühjahr 1974 mit einer Jahresrate von über 15 vH gestiegen — hat sich zuletzt deutlich abgeschwächt. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß Sondereinflüsse, die vorher die Expansion der Ausfuhr stark begünstigt haben, inzwischen entfallen sind:

- So waren im Winter 1973 im Zusammenhang mit der Ölkrise die Lieferungen von Kraftfahrzeugen angesichts vermeintlich guter Absatzmöglichkeiten im Ausland deutlich forciert worden. Im Frühsommer, als sich die unverkauften Fahrzeuge bei den ausländischen Händlern stauten, mußten deshalb die Auslieferungen zeitweise sogar stärker eingeschränkt werden, als es der laufenden Nachfrage entsprach; die Ausfuhr von Kraftfahrzeugen, die 1973 rund ein Siebtel der deutschen Exporte ausmachte, war seit dem Frühjahr absolut rückläufig.
- Der weltweite Boom bei Eisen und Stahl sowie bei chemischen Erzeugnissen, der bislang erheblich zu den deutschen Exporterfolgen beigetragen hatte, ist im Abklingen. Hier haben in den letzten Monaten sowohl die Bestellungen als auch die Lieferungen merklich verlangsamt zugenommen. Offenbar haben die Verbraucher die Auffüllung der Lager, die zum Teil für die Hausse ursächlich gewesen sein dürfte, nicht weiter fortgesetzt oder sogar mit einem Lagerabbau begonnen.

17. Für die Entwicklung des Exportgeschäfts seit dem Frühjahr dürften weniger die Konjunkturschwäche und die Zahlungsbilanzschwierigkeiten in einer Reihe von Ländern als strukturelle Gründe ursächlich sein:

- Gegen die Vermutung, daß überwiegend konjunkturelle Einflüsse wirksam sind, spricht unter anderem der anhaltende Anstieg der Nachfrage nach Erzeugnissen des Maschinenbaus und der elektrotechnischen Industrie, also typischen Investitionsgütern mit einer hohen Einkommenselastizität der Nachfrage.
- Die regionale Gliederung der Außenhandelsstatistik läßt nicht erkennen, daß die Stagnation der Exporte auf geringere Käufe von Ländern mit Zahlungsbilanzdefiziten zurückgeht.
- Vielmehr sind Beziehungen zwischen Exportverlauf und Exportstruktur feststellbar. Dies ist zum Beispiel der Fall bei den deutschen Exporten nach den Vereinigten Staaten, die insbesondere wegen der stark sinkenden Lieferungen von Kraftfahrzeugen rück-

läufig sind. Demgegenüber sehen sich die Unternehmen einer unverändert starken Nachfrage aus den Ostblockländern und Entwicklungsländern gegenüber; hier ist wiederum der Anteil des Kraftfahrzeugexports an der Gesamtausfuhr sehr niedrig. Allerdings ist auch, wie besonders bei den Ostblockländern, der Einfluß konjunktureller Faktoren nur gering, oder es bilden, wie bei einem Teil der Entwicklungsländer, die stark gestiegenen Einnahmen aus Rohöl- und Rohstoffverkäufen ein großes Nachfragepotential.

18. Der Handelsbilanzüberschuß hat sich weiter vergrößert. Er belief sich im Jahre 1974 (Export fob, Import cif) auf etwa 50 Mrd. DM und war damit um rund 17 Mrd. DM höher als 1973. Da die Ausgaben für die Einfuhr von Mineralöl von rund 14 Mrd. DM auf rund 33 Mrd. DM emporgeschwungen sind, hat sich der Saldo der Handelsbilanz ohne Mineralöl um 36 Mrd. DM auf über 80 Mrd. DM erhöht.

Nachdem sich die Schere zwischen Ausfuhr und Einfuhr so weit geöffnet hat, ist vorerst nicht zu sehen, wie das Problem der deutschen Exportüberschüsse in der nächsten Zeit gelöst werden kann:

- Die absehbare Entwicklung der Inlandsnachfrage läßt eine deutliche Belebung der Wareneinfuhr vorerst nicht erwarten. Voraussetzung hierfür ist ein Konjunkturaufschwung in der Bundesrepublik, mit dem aller Voraussicht nach erst im späteren Verlauf des Jahres 1975 zu rechnen ist.
- Hingegen dürfte die Warenausfuhr schon bald wieder zunehmen, wenngleich mit einer deutlich geringeren Rate als in den letzten Jahren. Die hohen Auftragsbestände bilden bereits eine hinreichende Basis für das zukünftige Exportgeschäft. Zudem ist bei der im Ausland zunehmenden Tendenz zu konjunkturstützenden Maßnahmen möglicherweise mit einem Anstieg der Nachfrage zu rechnen, insbesondere wenn diese Maßnahmen vorrangig auf die Stärkung der Investitionsneigung abzielen. Schließlich wird die Nachfrage aus den Staatshandelsländern und den ölproduzierenden Ländern weiter steigen; das auf ihre Bedürfnisse offenbar gut abgestimmte Exportsortiment, die starke Exportorientierung, insbesondere die traditionelle Pflege der Exportmärkte sowie die Lieferfähigkeit und Lieferzuverlässigkeit geben auch hier den deutschen Exporteuren einen deutlichen Wettbewerbsvorsprung vor den ausländischen Konkurrenten.

Das Problem der hohen Exportüberschüsse wird daher auch 1975 nicht an Aktualität verlieren. Will die Bundesrepublik Deutschland die Zahlungsbilanzsorgen der mit Öldefiziten belasteten Länder nicht noch vergrößern, dann muß sie mehr Güter aus diesen Ländern importieren. Dies zeigt, daß eine verstärkte binnenwirtschaftliche Expansion auch aus außenwirtschaftlichen Gründen wünschenswert ist, die freilich — das sollte nicht übersehen werden — lohn- und preispolitisch abzusichern ist. Für die Bundesrepublik bedeuten hohe Exportüberschüsse, daß auf die Möglichkeit verzichtet wird, den realen Lebensstandard zu steigern.

Die Hoffnung, mit einer verstärkten binnenwirtschaftlichen Expansion würden sich die außenwirtschaftlichen Überschüsse zurückbilden, würde freilich enttäuscht werden, wenn das Preisgefälle zwischen der Bundesrepublik und seinen Handelspartnern weiter zunimmt und nicht durch eine entsprechende Anpassung des Wechselkurses der D-Mark kompensiert wird. Eine weitere Höherbewertung der D-Mark, wie sie sich über kurz oder lang an den Devisenmärkten einstellen dürfte, sollte daher nicht, wie das des öfteren in der Vergangenheit der Fall war, behindert werden.

Noch immer Stagnation des privaten Verbrauchs

19. Beim privaten Verbrauch scheint, entgegen vielfachen Erwartungen, bislang noch keine Belebung eingetreten zu sein. Die realen Einzelhandelsumsätze haben bis einschließlich Oktober — neuere Angaben lagen noch nicht vor — stagniert; das Vorjahrs-ergebnis wurde in den ersten zehn Monaten des Jahres 1974 um fast 2 vH unterschritten. Im Juli hatte der Schlußverkauf dem Einzelhandel eine deutliche Absatzsteigerung gebracht, die Aufwärtsentwicklung setzte sich in den folgenden Monaten aber nicht fort. Auch das Weihnachtsgeschäft scheint keinen Ausgleich für den flauen Geschäftsgang in den Herbstmonaten gebracht zu haben, wenngleich es die — freilich nicht sehr hochgesteckten — Absatzerwartungen des Handels übertroffen haben dürfte.

Am günstigsten entwickelten sich — selbst nach der Fußballweltmeisterschaft — die Umsätze in der Fernseh- und Rundfunkartikelbranche. Auch die Nachfrage nach Bekleidung und Schuhen hat sich etwas belebt; offenbar ist die neue Mode gut aufgenommen worden. Dagegen scheinen sich die Verbraucher beim Kauf von Haushaltsgeräten und Möbeln noch immer zurückzuhalten; auch die Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen stagnierten auf dem relativ niedrigen Niveau vom Frühjahr.

20. Angesichts der Kaufzurückhaltung sind die Spareinlagen im dritten Quartal 1974 erneut beträchtlich gestiegen; höhere Einzahlungen werden ebenfalls von den Bauspar-kassen und Versicherungen gemeldet. Auch am Rentenmarkt haben sich die privaten Haushalte in letzter Zeit wieder stärker engagiert, nachdem sich die Erwartungen auf sinkende Zinsen und mithin auf Kursgewinne verfestigt haben.

Wie immer in Zeiten zunehmender Arbeitslosigkeit und nachlassender Einkommens-expansion, haben die Konsumenten auch weniger Kredite aufgenommen, wohl aus Sorge, die eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllen zu können. So waren die kurzfristigen Kredite an Arbeitnehmer im September 1974 erstmals seit längerem wieder niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

21. Gleichwohl ist zu erwarten, daß der private Verbrauch im Verlauf des Jahres 1975 wieder merklich expandieren wird. Auch der Handel rechnet inzwischen mit einer spürbaren Umsatzbelebung; die Anzahl der Firmen, die ihre Absatzerwartungen pessimistisch einschätzen, ist jedenfalls in letzter Zeit deutlich zurückgegangen. Ausschlaggebend für diese Einschätzung ist, daß wegen der Steuer- und Kindergeldreform die Kaufkraft der privaten Haushalte erheblich gestärkt wird. Selbst bei Annahme einer anhaltend hohen Sparquote resultierte daraus eine merkliche Konsumbelebung.

Leichtes Nachlassen des inflationären Drucks

22. Die fast zweijährige Absatzflaute im Einzelhandel hatte freilich auch einen positiven Aspekt: Sie hat zweifellos die Überwälzung der inflatorischen Kostensteigerungen auf dem Wege zum Verbraucher gebremst. Im November 1974 war die Steigerungsrate beim Preisindex für die Lebenshaltung gegenüber dem Vorjahr mit 6,5 vH ebenso hoch wie im Oktober 1973 unmittelbar bei Ausbruch der Ölkrise; sie war im Dezember 1973 auf fast 8 vH emporgeschellt.

Dabei wird allerdings vielfach übersehen, daß es sich bei diesem Rückgang im Vorjahrs-vergleich lediglich um eine Reaktion auf den durch die Ölkrise stark beschleunigten Anstieg in den beiden letzten Monaten des Jahres 1973 handelt, also auf Ereignisse, die zwölf Monate zurückliegen. Orientiert man sich an der laufenden Rate, das heißt an der Entwicklung von Monat zu Monat, so ist eine Abschwächung bislang nicht zu erkennen: Sie liegt seit Beginn des Jahres mit leichten Schwankungen bei $6\frac{1}{2}$ vH.

Schaubild 3



Hinter dieser nahezu stabilen Rate verbergen sich indes unterschiedliche Entwicklungen in Einzelbereichen (Schaubild 3). So ergab sich in den letzten Monaten in der laufenden Rate des Preisanstiegs

- bei gewerblichen Gütern eine kontinuierliche Abnahme von 9 vH bis auf 6 vH,
- bei Dienstleistungen und Reparaturen eine leichte Abschwächung auf 7 vH,
- bei Wohnungsmieten ein unveränderter Verlauf von $4\frac{1}{2}$ vH,
- bei Nahrungsmitteln indes ein wieder deutlich beschleunigter Anstieg auf rund 9 vH.

Insgesamt sind die Voraussetzungen dafür, daß sich beim Preisindex für die Lebenshaltung in den kommenden Monaten auch die laufende Rate des Preisanstiegs abschwächt, aber nicht ungünstig. So dürfte es vor allem bei gewerblichen Waren zu einer weiteren Preisberuhigung kommen. Die Preise der Verbrauchsgüterhersteller sind zwar im Oktober

noch einmal erneut kräftig angehoben worden; doch insgesamt läuft die Preiswelle, soweit sie auf die starke Verteuerung der Energie und vieler Rohstoffe zurückzuführen ist, auf den vorgelagerten Stufen langsam aus.

Bei Dienstleistungen und Reparaturen sind die Aussichten, daß es bei einem abgeschwächten Anstieg der Löhne auch zu einer Verlangsamung des Preisanstiegs kommt, gleichfalls günstig.

Dagegen dürfte sich der Anstieg der Mieten wohl eher wieder etwas beschleunigen. Hierfür spricht, daß den Vermietern zunehmend die Grundsteuerbescheide nach den neuen Einheitswerten zugehen und daß zu Beginn des Jahres 1975 die Sozialmieten spürbar angehoben werden. Insgesamt dürfte sich der Anstieg jedoch in Grenzen halten, zum Teil wegen des neuen Mietrechts, das Mieterhöhungen erschwert, aber auch wegen des anhaltenden Angebotsdrucks auf einem Teil des Wohnungsmarktes.

Für die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise ist bedeutsam, daß die mehr als zwölf Monate andauernde Periode sinkender Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte offenbar zu Ende gegangen ist. Bereits seit Mitte des Jahres steigen hier wieder die Preise, insbesondere für pflanzliche Erzeugnisse. Die anhaltend knappe Versorgungslage auf den Weltmärkten und die bevorstehende weitere Erhöhung der EG-Agrarpreise lassen erwarten, daß es 1975 wieder zu einer stärkeren Verteuerung von Ernährungsgütern kommen wird, als das 1974 der Fall war.

24. Die zu erwartende Verringerung des Kostendrucks — seit dem Frühjahr sinken die Weltmarktpreise für Rohstoffe, darüber hinaus kann als Ergebnis der Tarifabschlüsse auch mit einem abgeschwächten Lohnkostenanstieg gerechnet werden — garantiert noch nicht eine weitere Abschwächung des Preisanstiegs. Hierfür ist es erforderlich, daß die Bundesbank ihren angekündigten monetären Kurs auch tatsächlich durchhält. Es kann nämlich davon ausgegangen werden, daß die Kostensteigerungen der letzten Jahre vielfach nicht voll überwältigt werden konnten. Viele Unternehmen werden daher versuchen, die alten Umsatz-Gewinn-Relationen auch über verstärkte Preisanhebungen wiederherzustellen.

Abkehr von hohen Lohnsteigerungsraten?

25. Wenn auch die Explosion der Öl- und Rohstoffpreise strukturelle Anpassungsprozesse ausgelöst und Investoren und Verbraucher verunsichert hat, so ist zweifellos die wichtigste Ursache für den kräftigen Beschäftigungsrückgang in der Lohnentwicklung zu suchen.

Waren zu Beginn des Jahres 1974 die Gewerkschaften mit hohen Forderungen in die Lohnverhandlungen gegangen, weil sie eine weitere Beschleunigung des Preisanstiegs befürchteten, und hatten die Unternehmen diesen stattgegeben, weil sie offenbar die Überwälzungsmöglichkeiten günstig einschätzten, die Standhaftigkeit der Geldpolitik also unterschätzten, so kam es auch dann nicht zu niedrigeren Lohnabschlüssen, als erkennbar wurde, daß der Preisanstieg geringer ausfallen und die Situation auf dem Arbeitsmarkt sich merklich verschlechtern würde. So wurden die Tariflöhne (einschließlich aller Nebenleistungen) in der Eisen- und Stahlindustrie sowie in der Papierindustrie noch im Herbst 1974 um 12 $\frac{1}{2}$ —14 vH angehoben, wobei freilich nicht zu übersehen ist, daß es sich hier um Wirtschaftszweige handelt, die sich — bislang noch — auf der Sonnenseite der Konjunktur befinden. Aber auch die Abschlüsse in einigen kleineren Bereichen, in denen die Ertragslage weitaus ungünstiger ist, lagen in einer ähnlichen Größenordnung.

Im vierten Quartal 1974 dürften die Effektivverdienste je Beschäftigtenstunde — mitbedingt durch die Stufenanhebung in der Metallindustrie und die Arbeitszeitverkürzung

im öffentlichen Dienst — um schätzungsweise 14 vH höher gelegen haben als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Da sich — trotz verstärkten Personalabbaus und vermehrter Kurzarbeit — der Produktivitätsanstieg merklich verlangsamt hat, sind die Lohnstückkosten beschleunigt gestiegen; in der Industrie lagen sie im dritten Quartal 1974 um $11\frac{1}{2}$ vH über dem Niveau des Vorjahres.

26. Für die Tarifparteien stellt sich somit die Aufgabe, die Fehler der letzten Lohnrunde nicht zu wiederholen. Die bislang bekannt gewordenen Forderungen der Gewerkschaften, die sich deutlich von denen des vergangenen Jahres abheben, signalisieren bereits einen Klimawechsel. Ob er sich rasch genug vollzieht, wird sich an den Ergebnissen der anstehenden Tarifverhandlungen ablesen lassen. Daß ein solcher Klimawechsel möglich ist, hat sich an der Jahreswende 1971/72 gezeigt, als sich die Lohnsteigerungsraten binnen Jahresfrist nahezu halbiert hatten.

Eine zurückhaltende Lohnpolitik ist in der gegenwärtigen Situation eine soziale Lohnpolitik. Im Interesse einer hohen Beschäftigung müssen die Arbeitnehmer hinnehmen, daß die rasche und kräftige Verbesserung ihrer Verteilungsposition sich teilweise wieder zurückbildet. Versagen sich die Gewerkschaften einer solchen Einsicht, dann wird nicht einmal die Aufrechterhaltung, geschweige denn eine Erhöhung des Beschäftigungsgrades möglich sein.

Schwache monetäre Expansion

27. Ein stabilisierungsgerechtes Verhalten der Tarifparteien ist um so dringlicher geboten, als die Bundesbank zu erkennen gegeben hat, daß sie nicht gewillt ist, jede Ausgabenexpansion zu finanzieren. 1975 soll die Zentralbankgeldmenge (Sichteinlagen und Mindestreserve-Soll auf Inlandsverbindlichkeiten bei konstanten Reservesätzen) um etwa 8 vH ausgeweitet werden; dies paßt zu einer Strategie, die sich eine konjunkturelle Belebung bei einer weiteren Verringerung des Preisanstiegs zum Ziele setzt.

Die Rate der monetären Expansion würde damit wieder etwas höher ausfallen als 1974, aber deutlich niedriger als in den zurückliegenden Jahren. Bis Ende Oktober ist die Zentralbankgeldmenge mit einer Jahresrate von etwa 6 vH gestiegen. Dies trug entscheidend dazu bei, daß die Kreditgewährung der Banken an Unternehmen und Privatpersonen weiter nachließ. Demgegenüber haben sich die öffentlichen Stellen verstärkt verschuldet.

Als Ausgleich für das schwache Kreditgeschäft haben sich die Banken in letzter Zeit wieder stärker am Rentenmarkt engagiert. Da zudem nach längerer Zeit auch die Privaten und — wenngleich in geringerem Umfang — das Ausland als Käufer auftraten, hat sich hier die Situation deutlich verbessert. In den letzten Wochen sind die Nominalrenditen festverzinslicher Wertpapiere spürbar gesunken, am stärksten bei Kurzläufem. Öffentliche Anleihen, die noch im Spätsommer zu $98\frac{1}{2}$ emittiert worden waren, wurden Mitte Dezember über pari notiert. Zugleich hat sich der Trend zur Fristenverkürzung nicht fortgesetzt, vereinzelt sind wieder Emissionen mit längeren Laufzeiten im Gespräch.

Für die Klimaverbesserung auf dem Kapitalmarkt dürfte ausschlaggebend gewesen sein, daß sich die Erwartungen auf eine Verringerung der Inflationsrate und damit auf eine Senkung des Kapitalzinses deutlich verstärkt haben. Bei einer nominalen Rendite von knapp 10 vH und einer Inflationsrate von derzeit $6\frac{1}{2}$ vH liegt der Realzins gegenwärtig mit über 3 vH immer noch verhältnismäßig hoch; Erwartungen auf eine weitere Senkung des Nominalzinses haben somit durchaus eine reale Basis, vorausgesetzt, der Stabilisierungsprozeß setzt sich fort.

28. Dem steht auch nicht entgegen, daß die öffentliche Hand weitaus stärker als sonst auf den Kapitalmarkt angewiesen sein wird: Zu einem Teil nimmt der Staat nur Finanzierungsmittel in Anspruch, die die Privaten aufgrund ihrer geringen Verschuldungsbereitschaft nicht benötigen. Eine kräftige Lockerung des geldpolitischen Kurses, wie sie vielfach als Voraussetzung für einen aufnahmefähigen Kapitalmarkt gefordert wird, ist somit weder notwendig, noch ist er nützlich: In einem solchen Falle würden die Inflationserwartungen sich wieder verstärken; der Kapitalmarkt bliebe unergiebig und eine fristengerechte Finanzierung der öffentlichen Defizite würde nur erschwert.

Bei einer Auflösung der Konjunkturausgleichsrücklagen (rund 10 Mrd. DM) ist zu beachten, daß es sich hierbei um die Schaffung von Zentralbankgeld handelt und dies auf die von der Bundesbank ins Auge gefaßten Expansionsrate für die Geldbasis anzurechnen ist. Der an dieser Rate gemessene Mehrbedarf an Zentralbankgeld, etwa 8 Mrd. DM, wäre damit schon mehr als gedeckt.

Expansive öffentliche Haushalte

29. blieb die Bundesbank bis zuletzt auf Stabilisierungskurs, so war die Finanzpolitik — entsprechend der von ihr seit der Jahreswende 1973/74 verfolgten »Doppelstrategie« — sichtlich um eine Stützung der Beschäftigung bemüht. Die öffentlichen Ausgaben aller Ebenen (einschließlich Sozialversicherung) stiegen 1974 im Vergleich zum Vorjahr um 15 vH; darin enthalten sind die beiden konjunkturpolitischen Sonderprogramme vom Februar und September mit einem Volumen von zusammen knapp 2 Mrd. DM.

Dabei sind wiederum die Personalausgaben stark gestiegen (15 vH); anders als in den Vorjahren haben sich aber auch die produktionswirksamen Nettoinvestitionen kräftig erhöht (20 vH). Die Steuereinnahmen sind indes weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben; allein die Lohnsteuer ist bis zuletzt unvermindert kräftig gestiegen (18 vH). Insbesondere wegen der schleppenden Steuereingänge dürften die Gebietskörperschaften 1974 ein Finanzierungsdefizit (in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) von rund 18 Mrd. DM aufweisen.

Hinsichtlich der konjunkturellen Wirkungen der öffentlichen Haushalte läßt sich — gemessen am Konzept des konjunkturneutralen Haushalts¹ — für 1974 ein stark expansiver Effekt konstatieren. Insgesamt dürften bei einer Zunahme des nominalen Bruttosozialprodukts von 7 $\frac{1}{2}$ vH sowie einem Wachstum des Produktionspotentials von 3 $\frac{1}{2}$ vH vom konsolidierten Staatshaushalt Impulse in Höhe von 12 Mrd. DM ausgegangen sein.

30. Wirkten die öffentlichen Haushalte bereits 1974 expansiv, so wird sich diese Tendenz 1975 noch deutlich verstärken: Unter der Annahme, daß der Ausgabenrahmen entsprechend den Empfehlungen des Finanzplanungsrates (Zunahme 10 vH) auch tatsächlich eingehalten wird, ergibt sich für den konsolidierten Staatshaushalt — zusammen mit der Kindergeldneuregelung, aber ohne das Sonderprogramm vom 12. Dezember — ein Ausgabenzuwachs von knapp 15 vH. Aber nicht nur auf der Ausgabenseite, sondern auch auf der Einnahmenseite sind durch den Steuerverzicht von gut 3 Mrd. DM sowie durch den schwachen Einnahmenezuwachs expansive Effekte zu erwarten. Insgesamt läßt sich der Impuls — wiederum gemessen am Konzept des konjunkturneutralen Haushalts — auf rund 30 Mrd. DM veranschlagen; davon sind allein knapp 15 Mrd. DM auf die Steuer- und Kindergeldreform zurückzuführen.

¹ Zur Berechnungsmethode vgl. D. Biehl, K.-H. Jüttemeier, H. Legler, Zu den konjunkturellen Effekten der Länder- und Gemeindehaushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1960—1974. In: »Die Weltwirtschaft«, 1974, H. 1, S. 29 ff.

31. Lenkt man den Blick indes über das Jahr 1975 hinaus, so ist allerdings folgendes zu beachten: Die volkswirtschaftliche Steuerquote, das heißt der Anteil der Steuereinnahmen am Bruttosozialprodukt, hat sich in der Bundesrepublik seit der letzten großen Steuerreform (1965) von 23,3 vH auf zuletzt 24,5 vH erhöht. Bei Einschluß aller zwischenzeillich verfügbaren diskretionären Steuerrechtsänderungen (ohne konjunkturpolitisch motivierte Sonderabgaben) ergibt sich daraus eine durchschnittliche Aufkommenselastizität von über Eins. Dies ist jedoch allein auf die Lohnsteuer zurückzuführen; mit Ausnahme der Jahre 1967, 1969 und 1972 liegt die Aufkommenselastizität der übrigen Steuern zusammen deutlich unter Eins. Dabei muß man ferner berücksichtigen, daß die verschiedenen diskretionären Maßnahmen — gemäß den Berechnungen des Bundesfinanzministeriums — eher aufkommensverstärkend gewirkt haben. Nach der Steuerreform von 1975 dürfte die Aufkommenselastizität des deutschen Steuersystems zunächst eher unter Eins liegen als darüber.

Da die Leistungen des Staates, die er den Bürgern ohne Entgelt überläßt, besonders lohnintensiv sind, verteuern sie sich überproportional, so daß sich seine Terms of Trade gegenüber dem privaten Sektor verschlechtern. Will er also seinen realen Anteil am Produktionspotential halten, so muß er seine nominalen Ausgaben überproportional erhöhen.

Bei einer Einnahmelenastizität von unter Eins und einer Ausgabenelastizität von über Eins öffnet sich damit die Schere zwischen Ausgaben und laufenden Einnahmen immer mehr. Zwar mag eine höhere Staatsverschuldung nicht nur unbedenklich, sondern sogar wünschenswert sein¹; da einer Kreditfinanzierung jedoch Grenzen gesetzt sind, werden Steuererhöhungen auf mittlere Frist nicht zu vermeiden sein.

32. Fraglich ist allerdings, ob das vom Finanzplanungsrat empfohlene Ausgabenvolumen überhaupt erreicht wird und ob die bisher geplante Ausgabenstruktur für eine Belebung der Konjunktur geeignet ist.

Es gibt eine Reihe von Anzeichen dafür, daß der Haushaltsvollzug hinter den ursprünglichen Planungen zurückbleibt. Wie des öfteren bei angespannter Haushaltslage, dürfte es auch 1975 wieder zu Kürzungen bei den investiven Ausgaben kommen. Die bisherigen Ausgabenansätze für Investitionen sind ohnehin schon knapp bemessen: So will der Bund die Ausgaben für eigene Sachinvestitionen nur um 6½ vH steigern. Ähnliches zeigt sich bei den Planungen der Länder, in denen teilweise schon die Auflösung der Konjunkturausgleichsrücklagen eingestellt worden ist. Noch weniger ist von den Gemeinden zu erwarten, die 1975 möglicherweise überhaupt keine zusätzlichen Mittel für Investitionen verfügbar haben.

Demgegenüber hat die Steuer- und Kindergeldreform dazu geführt, daß die bisherigen Haushaltsplanungen einseitig auf eine Belebung des privaten Verbrauchs ausgerichtet sind; allein die laufenden Übertragungen an private Haushalte werden 1975 um gut 20 vH zunehmen. Auch wenn man die höheren Ausgaben für das Kindergeld eliminiert, tragen schon die Rentenerhöhungen zum 1. Juli 1975 (11 vH) sowie sprunghaft steigende Unterstützungszahlungen an arbeitslose Arbeitnehmer zu einer kräftigen Ausweitung bei. Auch der Staatsverbrauch wird wieder spürbar zunehmen, wobei das Ausmaß entscheidend vom Tarifabschluß im öffentlichen Dienst abhängt. Darüber hinaus ergibt sich eine zusätzliche Stärkung der Massenkaukraft durch den Steuerverzicht des Staates.

Ausblick: Stabilisierungschance nicht vergeben!

33. Auch in den kommenden Monaten wird die konjunkturelle Entwicklung aller Voraussicht nach abwärtsgerichtet bleiben: Die Kapazitätsauslastung wird weiter sinken und die Arbeitslosigkeit noch zunehmen. Eine solche Entwicklung dürfte nicht mehr zu verhindern sein; dies ist ein zwar hoher, aber wohl nicht zu hoher Preis für den sich abzeichnenden Stabilisierungserfolg.

¹ Vgl. hierzu den Beitrag von H. Weise, Öffentliche Verschuldung und Vermögensbildung in der BR Deutschland (in diesem Heft).

Von der Konjunkturlage her sind die Chancen für eine Stabilisierung lange nicht so günstig gewesen wie gegenwärtig; vielleicht werden sie auch so bald nicht wieder so günstig sein. Da sich der Wettbewerb unter den Anbietern verschärfen wird, kann mit einer weiteren Preisberuhigung gerechnet werden.

34. Um zu verhindern, daß der Abschwung in eine Stabilisierungskrise abgleitet, kommt es nun darauf an, eine Phase der wirtschaftlichen Expansion einzuleiten, bei der die Kapazitätsauslastung wieder steigt und die Arbeitslosigkeit zurückgeht, der in Gang gekommene Stabilisierungsprozeß bei Kosten und Preisen jedoch nicht gefährdet wird.

Die Bundesbank hat sich zu einem geldpolitischen Kurs bekannt, der diesem Ziel nicht entgegensteht. Hinsichtlich der Beurteilung der öffentlichen Haushalte wird man differenzieren müssen: Das zusätzliche Konjunkturprogramm kompensiert möglicherweise zu einem Teil nur die Ausgabenkürzungen im investiven Bereich. Bedenklich ist auf jeden Fall der Zeitpunkt der Veröffentlichung, nämlich vor den Entscheidungen in der Tarifpolitik.

- Soll es zu einem Konjunkturaufschwung kommen, dann müssen die Investitionen der Unternehmen wieder merklich zunehmen; dies setzt eine Verbesserung ihrer Ertragslage voraus. Damit sich dieser Prozeß nicht, wie so oft in der Vergangenheit, über beschleunigt steigende Preise, sondern über eine Kostenentlastung vollzieht, sollten die Reallöhne für einige Zeit hinter dem Produktivitätsanstieg zurückbleiben. Es muß kein Gegensatz sein, wenn man die Bemühungen der Gewerkschaften, mittelfristig eine höhere Lohnquote anzustreben, bejaht und zugleich in der heutigen Situation Zurückhaltung in der Lohnpolitik fordert. Eine solche Zurückhaltung bringt nämlich den Arbeitnehmern mehr Vorteile als Nachteile: Sie bedeutet einen höheren Beschäftigungsstand, das heißt eine höhere reale Lohnsumme; aber auch eine verstärkte Investitionstätigkeit, die die relativen Preise für Arbeit und Kapital zugunsten der Löhne beeinflußt und damit auf mittlere Sicht den Arbeitnehmern die Möglichkeit gibt, die Löhne stärker zu erhöhen, als die Arbeitsproduktivität zunimmt.
- Ohne Kostendruck und ohne Nachfrageüberhang würde sich der Preisanstieg weiter abschwächen; die Arbeitnehmer liefen also nicht Gefahr, daß die Lohnabschlüsse im nachhinein durch beschleunigt steigende Preise entwertet werden. Möglicherweise werden die Gewerkschaften, etwa weil sie der Elastizität des Marktsystems mißtrauen, jedoch Vorbehaltsklauseln vereinbaren wollen für den Fall, daß die Preisberuhigung auf sich warten läßt. Zwischen vollständiger Indexierung und Neuverhandlungen bieten sich hierfür viele Möglichkeiten.

Daß man mit einer Politik des »Durchstartens« den Beschäftigungsgrad nachhaltig heben kann, ist nach den Erfahrungen in vielen Ländern unwahrscheinlich. Dieses Rezept wirkt allenfalls auf kurze Zeit, und dann auch nur um den Preis einer Beschleunigung der Inflation, die den Realwert der Löhne wieder senkt.